

## **Parlamentarische Bürgerinitiative betreffend Gleiche Rechte für chronisch kranke Kinder**

Seitens der EinbringerInnen wird das Vorliegen einer Bundeskompetenz in folgender Hinsicht angenommen: Bundesministerium für Familien und Jugend, Bundesministerium für Bildung und Frauen, Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz, Bundesministerium für Finanzen

Dieses Anliegen wurde bis zur Einbringung im Nationalrat von 730 BürgerInnen mit ihrer Unterschrift unterstützt. (*Anm.*: zumindest 500 rechtsgültige Unterschriften müssen für die Einbringung im Nationalrat vorliegen.)

### **ANLIEGEN:**

Der Nationalrat wird ersucht, gesetzliche Maßnahmen zu beschließen, um österreichweit GLEICHE RECHTE für CHRONISCH KRANKE KINDER zu gewährleisten.

In Österreich leben über 190.000 Kinder und Jugendliche mit chronischen Erkrankungen (Diabetes, Asthma, Epilepsie, Allergien usw.). Die Schulen, Kindergärten und Nachmittagsbetreuungen sind darauf nicht vorbereitet und auch nicht ausreichend ausgestattet, sodass diese Kinder ernste Nachteile, ja sogar potentiell Gefährdungen erleiden.

Kinder mit chronischen Erkrankungen müssen neben dem Alltag auch ihre chronische Erkrankung täglich bewältigen. Sie dürfen keine wie immer geartete Diskriminierung durch den Ausschluss von Bildungseinrichtungen oder Veranstaltungen (Wandertagen, Skikursen) erfahren, denn alle Kinder haben das gleiche Recht auf bestmögliche Entwicklung und Entfaltung.

Wir fordern daher die Umsetzung und Anwendung der bereits gesetzlich festgelegten Rechte für Kinder mit chronischen Erkrankungen auf der Basis

- des 4. Bundesverfassungsgesetzes über die Rechte von Kindern,
- des Bundesbehindertengleichstellungsgesetzes,
- des Art.7 des Bundes-Verfassungsgesetzes sowie anderer relevanter rechtlicher Regelungen.

Dabei sind die UN-Kinderrechts-Konvention aus 1989, die UN-Konvention für Menschen mit Behinderungen und andere internationale Vereinbarungen wie die Deklaration für Child-Friendly Health Care (CFHC), die Österreich 2011 unterzeichnet hat, zu berücksichtigen.

Als Anregung zur Umsetzung fordern wir die Sensibilisierung von Lehrpersonal und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Bildungseinrichtungen (Kindergärten, Schulen etc.) während deren Ausbildung sowie die entsprechende Unterstützung in der Ausübung ihrer Tätigkeit.

Wir fordern Rechtssicherheit für alle diejenigen, die Kindern in Ausübung ihres Berufes Unterstützungsleistungen gewähren. Es muss Klarheit und Sicherheit für Fragen der Amtshaftung unter Berücksichtigung des Ärztegesetzes § 50a und anderer relevanter Gesetze geben, wenn ärztlich verordnete Medikamente verabreicht oder andere Hilfestellungen durch das pädagogische Personal erbracht werden.

Falls Unterstützungsleistungen durch Gesundheits- oder Assistenzberufe für die Ausbildung von Kindern zusätzlich erforderlich sind, müssen sie den Kindergärten und Schulen ohne Extrakosten für die Betroffenen zur Verfügung gestellt werden. Es gibt dafür in einigen Bundesländern verschiedene erfolgreiche Modelle, die als Vorbild dienen können.

Wir fordern, dass Kinder wegen ihrer chronischen Erkrankung weder ausgegrenzt oder benachteiligt werden, noch eine Schädigung erleiden oder gar in lebensbedrohliche Situationen kommen.

Wir wollen verhindern, dass betreuende Elternteile als Konsequenz einer Diskriminierung ihres Kindes in ihrer Erwerbstätigkeit eingeschränkt werden oder sogar ihren Arbeitsplatz verlieren.

Kinder und Jugendliche sind bei gesundheitlichen Problemen während ihrer Entwicklung und Ausbildung auf verantwortliche Erwachsene angewiesen. Wir müssen handeln und dürfen es nicht aufschieben.

### **Parlamentarische Bürgerinitiative betreffend Gleiche Rechte für chronisch kranke Kinder**

#### **Erstunterzeichner/in**

Name	Anschrift	Geb. Datum	Datum der Unterzeichnung
Hopfinger Peter			

Eingetragen in die  
Wählerevidenz der  
Gemeinde Wien-Währing

.....  
U n t e r s c h r i f t